

ZUR LINIE DER "VOLKSFRONT FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN"

Die "Volksfront": Auf die sozialdemokratischen Führer ist im Kampf gegen Strauß nicht der geringste Verlaß.

SCHMIDT ODER STRAUSS - PEST ODER CHOLERA!

Der zunehmend erstarkende westdeutsche Imperialismus, der als selbständige imperialistische Großmacht in der Welt agiert, wendet einen ungeheuren Propagandaapparat auf, um die ausgebeuteten Volksmassen in Westdeutschland und in der Welt über seinen imperialistischen Charakter zu betrügen:

Der westdeutsche Imperialismus verkauft sich als Friedensstifter in der Welt, als besonders besonnen und vernünftig in imperialistischen Krisensituationen, als großzügig gegenüber den ausgebeuteten Massen der halbfeudalen und halbkolonialen Länder usw. usf. - und der Lügen kein Ende!

In Westdeutschland werden gerade auch die "Wahlschlachten" dazu verwendet, diese Lügen in ganz besonderem Maße zu verbreiten. Gleichzeitig soll vor den Volksmassen, die sich an der Wahl als "erster Bürgerpflicht" beteiligen sollen, der Anschein erweckt werden, als könnten die Bonner Wahlparteien die Politik des westdeutschen Imperialismus bestimmen. Welch ein Betrug! Wer gehorcht hier wem? Die Tatsache ist, daß diese verkommenen Parteien der westdeutschen Monopolbourgeoisie doch aufs Wort gehorchen! Sie sind bereit, dafür große Schaukämpfe zu veranstalten und sich gegenseitig scheinbar schwere Schläge zu versetzen, wie das auf Jahrmärkten zu sehen ist.

Und tatsächlich verfangen all diese Betrügereien immer noch bei großen Teilen der Werktätigen, auch bei Arbeitern. Mit Abscheu werden die Fortschrittlichen unter ihnen die reaktionären Sprüche des Imperialistenknechtes Strauß verfolgen - doch durchschauen sie auch das gefährliche Manöver, daß Schmidt angeblich "günstiger", "nützlicher", das "kleinere Übel" etc. für die antifaschistischen, anti-imperialistischen Werktätigen sei?

In diesem betrügerischen Rummel macht die "Volksfront" mit, wenn sie propagiert:

"... auch als 'kleineres Übel' ist die SPD keine wählbare Alternative. Auf die sozialdemokratischen Führer à la Schmidt, Wehner u.a. ist im Kampf gegen Strauß, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg nicht der geringste Verlaß." (Programm der Volksfront zur Bundestagswahl 1980, S.4)

Schmidt und Wehner also "unzuverlässig"? Was ist das für eine Haltung zur heute existierenden imperialistischen Regierung des Finanzkapitals! Es ist doch die Schmidt-Regierung, die im Auftrage des Finanzkapitals Faschismus und Krieg seit Jahren intensiv vor-

bereit. Diese Leute haben die Verbrechen von Mogadiscio und Stammheim geleitet! Nicht nur Strauß, auch Schmidt war in der faschistischen Armee Offizier. Beide haben sie dort schon treu dem deutschen Imperialismus gedient.

Eine Front gegen Faschismus, die sich nicht gegen den westdeutschen Imperialismus als g a n z e s richtet, die einen Teil der Reaktion als "das kleinere Übel" oder "günstiger" als den anderen Teil der Reaktion einschätzt, die der imperialistischen Kriegsvorbereitung der Sozialdemokratie weniger Gefahr beimißt als eben solchen Kriegsvorbereitungen eines Strauß - eine solche Front ist nicht wirklich gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

Eine Front gegen Reaktion, Faschismus und Krieg muß

- o den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und a l l e seine Werkzeuge und Parteien führen,
- o muß die Faschisierung in der Gegenwart, die Faschisierung des Staatsapparates, die heutige imperialistische Kriegspolitik bekämpfen. Sie darf diesen Kampf nicht zurückstellen mit Hinweis auf eine "in Zukunft noch gefährlichere Politik à la Strauß".

Die "Volksfront" über Wohlstand

WESTDEUTSCHE ANTIFASCHISTEN MÜSSEN IM KAMPF
GEGEN JEDLICHEN CHAUVINISMUS DIE EINHEIT
MIT DEN AUSLÄNDISCHEN ARBEITERN UND DEN
VÖLKERN DER WELT HERSTELLEN!

Die "Volksfront" redet von Wohlstand, ohne zu sagen, w i e er geschaffen werden soll. Überhaupt nicht wird entlarvt, daß heute der vielgepriesene "Wohlstandsstaat", von dem die Imperialisten Tag und Nacht reden, in einem imperialistischen Land nur möglich ist auf Grund der Ausbeutung von Hunderten von Millionen Werktätigen aus den halbfeudalen, halbkolonialen Ländern. Die sagenhaften Profite kommen doch zu einem gewaltigen Teil durch die Ausbeutung der VW-Arbeiter in Brasilien, der Siemens-Arbeiter in Südkorea, der wie Sklaven gehaltenen Arbeiter in den deutschen Fabriken in Südafrika usw. zustande.

Die westdeutschen Imperialisten beuten nicht nur die Völker dieser Länder aus, sondern unterstützen gleichzeitig auch die faschistischen Regimes der herrschenden Klassen, die mit brutaler Gewalt die Kämpfe der Volksmassen zu unterdrücken versuchen. Für einen Antifaschisten ist es unabdingbar, die Kämpfe der revolutionären Volksmassen anderer Länder gegen Imperialismus und Faschismus zu unterstützen, besonders auch wenn sie sich gegen den "eigenen" Imperialismus richten, und diesen Kampf zum Bestandteil des eigenen Kampfes gegen Faschismus und Imperialismus zu machen. Davon bei der "Volksfront" kein Wort! Wer wie sie den Kampf für "Wohlstand" auf seine Fahnen schreibt und nicht die imperialistische Ausbeutung anderer Völker anprangert, handelt nicht wie ein Antifaschist, sondern wie ein Chauvinist.

Der Chauvinismus in den Dokumenten der "Volksfront" äußert sich auch in der gänzlichen Mißachtung der ausländischen Arbeiter in Westdeutschland. Sie haben Tag für Tag nicht nur unter der besonders harten Ausbeutung zu leiden, sie werden wie Menschen zweiter Klasse behandelt und sind offenem Chauvinismus und Rassismus ausgesetzt, der ihnen in vielerlei Gestalt begegnet: in offenen Haßtiraden, Außerkraftsetzung der einfachsten demokratischen Rechte für sie, der Mißachtung ihrer Kultur, fehlender Unterstützung ihres Kampfes gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung.

Müßte es nicht die vordringliche Aufgabe einer Volksfront gegen den Faschismus sein, gegen diese vielfachen Formen des Chauvinismus anzukämpfen, der gerade in Deutschland schon einmal in extremster Art und Weise praktiziert wurde und heute nach wie vor seine Wurzeln im Hitlerfaschismus hat. Bei dieser "Volksfront" begegnet uns stattdessen diese gefährliche Ideologie des Chauvinismus in einer etwas verbrämteren Form der "Nichtzuständigkeit" für ausländische Arbeiter.

Ein Erklärungsversuch dafür: Aus welchen Gründen sollte sich die "Volksfront" mit der Lage der ausländischen Arbeiter, mit der Frage, wie ein gemeinsamer Kampf der ausländischen und westdeutschen Werktätigen geführt werden kann, beschäftigen, wo es doch um eine "Bundestagswahl" geht und die ausländischen Arbeiter ja sowieso kein Wahlrecht haben?

DIE ANGST VOR DEBATTE UND KRITIK IST MIT DEM GEIST DES ANTIFASCHISMUS UNVEREINBAR!

Es wird ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der "Volksfront" sein, inwieweit in ihr Debatte, Diskussion und offene Kritik möglich sind.

Stellen sich die Mitglieder der "Volksfront" auf den Standpunkt, nur sie seien Antifaschisten, alle, die ihr Programm als rechtsopportunistisch, sozialdemokratisch und revisionistisch einschätzen, seien "Provokateure" und "Linkssektierer", dann ist das eine Form des Todesurteils für die "Volksfront".

Schlägermethoden statt Diskussion, offen gegenüber Reformismus, aber "sektiererisch" gegenüber revolutionären Antifaschisten, das ist das Bild, das heute die DKP abgibt.

Die KPD/ML, die sich auch an dieser "Volksfront" beteiligt, steht in nichts diesen Methoden der DKP nach. Wir erinnern alle Genossen an die Ereignisse in Spanien anlässlich des III. antifaschistischen und antiimperialistischen Jugendlagers 1979 in El Saler, wo die sich "demokratisch" gebärdende KPD/ML den Genossen der ATIF und ATÖF und sogar chilenischen Genossen der RKP Chiles, die Gefängnis und KZ hinter sich hatten, wegen Meinungsverschiedenheiten über Mao Tse-tung das Attribut "antifaschistisch" absprach. Ja, die Mitglieder der KPD/ML beteiligten sich aktiv an der "Festnahme" der chilenischen Genossen, die - man glaubt es kaum - zunächst im "Lagergefängnis" eingesperrt und dann aus dem Lager vertrieben wurden. (Siehe "Roter Morgen", Nr.36 vom 7.9.79, S.7)

o Wir rufen alle Genossen auf, bereits heute für eine offene
o Diskussion über die Linie der "Volksfront" einzutreten und jeg-
o liche Verhinderung der Diskussion zu bekämpfen.

"Gegen die Strömung", Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in Westdeutschland, ist der Meinung:

- o Der Kampf gegen Faschismus und imperialistische Kriege muß als breite Einheitsfront auf der Linie des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus und Revanchismus geführt werden, eine Einheit muß hergestellt werden mit den ausländischen Arbeitern und den unterdrückten Völkern.
- o Der Kampf gegen den Faschismus darf sich nicht auf den legalen Rahmen und erst recht nicht auf den Parlamentarismus einlassen. Staat, Parlament und Gesetze sind Werkzeuge der herrschenden Klasse und müssen als solche entlarvt werden.
- o Der antifaschistische Kampf darf niemals zur Ablenkung von der Vorbereitung der bewaffneten proletarischen Revolution der Volksmassen zur Zerschlagung des Staatsapparates der westdeutschen Imperialisten führen. Er muß diesem Kampf dienen und ihm untergeordnet sein.
- o Diese einheitliche Front kann nur unter der Führung einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei aufgebaut werden, die die Führung der Arbeiterklasse repräsentiert.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Walter Hofmann, Homburger Landstraße 52, 6 Frankfurt
Eigendruck im Selbstvertrieb